

Ralf Melzer

Demaskieren statt berücksichtigen!

Zum Umgang mit Rechtspopulismus – eine Replik

Die radikale Rechte ist im Aufwind: in Deutschland, in Europa, in den USA. Zuletzt hat in Österreich ein Abstand von nur rund 31.000 Stimmen den Ausschlag gegeben und Norbert Hofer, den Kandidaten der FPÖ, als Bundespräsidenten verhindert.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift (NG/FH 6|2016) hat sich Michael Bröning darüber Gedanken gemacht, »wie man Rechtspopulismus (nicht) bekämpft«. Als erfolglos hätten sich unter anderem »Gesicht zeigen« und »Kurshalten« erwiesen. Schließlich hätten damit rechtspopulistische Bewegungen nicht überwunden werden können.

Das lässt sich freilich so nur sagen, wenn man nicht umgekehrt fragt: Wie sähe Deutschland heute aus ohne die vielen lokalen Bündnisse gegen Rechts, ohne Netzwerke zivilgesellschaftlicher Projekte, ohne Willkommensinitiativen, ohne professionelle Beratungsangebote und, ja – ohne dass ab und zu Kurs gehalten würde? Beim individuellen Grundrecht auf Asyl zum Beispiel oder bei der Suche nach einer europäischen Lösung in der Flüchtlingskrise oder auf dem Weg zu dem dringend notwendigen Einwanderungsgesetz. Wo stünden wir ohne Prominente und Nicht-Prominente, die ihr »Gesicht zeigen« für Weltoffenheit und gegen Fremdenfeindlichkeit? Wäre es besser, die katholischen Bischöfe würden nicht öffentlich gegen die AfD Stellung nehmen?

Auch der Strategie des Cordon sanitaire, also der klaren Abgrenzung von radikal rechten Positionen, Personen und Parteien, erteilt Michael Bröning eine Absage, weil sie den »anhaltenden Zulauf für die Populisten« bislang nicht habe stoppen können. Meine Gegenthese: In Wirklichkeit wurde der Cordon sanitaire fast nirgendwo konsequent durchgesetzt. In Dänemark war die Dänische Volkspartei bereits zwischen 2001 und 2011 Mehrheitsbeschafferin einer liberal-konservativen Minderheitsregierung. In den Niederlanden hat Geert Wilders, der inzwischen auch als Gastredner bei Pegida aufgetreten ist, mit seiner »Partei für die Freiheit« von 2010 bis 2012 die Minderheitsregierung aus Rechtsliberalen und Christdemokraten geduldet. Ein nachhaltiger gesellschaftlicher Rechtsruck in beiden Ländern war die Folge. Und in Frankreich zeigt sich, um welchen Preis Nicolas Sarkozy 2007 die Wahl gewonnen hat: Mit der Übernahme von Kernthemen des Front National (Sicherheit, restriktive Einwanderungspolitik, nationale Identität) in seinen Wahlkampf konnte er zwar kurzfristig Stimmen gewinnen. Mittelfristig aber hat dies zur Stärkung des FN beigetragen und ihn weiter salonfähig gemacht.

Statt aus diesen Erfahrungen zu lernen, wird jetzt Viktor Orbán von der CSU hofiert und von seinem »Freund« Helmut Kohl privat empfangen. Im Europäischen Parlament sitzen die Abgeordneten von Orbáns Partei Fidesz gemeinsam mit den CDU-Abgeordneten aus Deutschland und Christdemokraten anderer Länder in der Fraktion der Europäischen Volkspartei, und in Österreich regiert im Burgenland seit 2015 sogar eine Koalition aus SPÖ und FPÖ. Nach Cordon sanitaire sieht das alles nicht aus. Und das Muster, dass die Wähler im Zweifel dem »Original« den Vorzug geben, war ebenfalls erst kürzlich in Österreich zu beobachten: Im März hatte die Große Koalition in Wien unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Werner Faymann die Kehrtwende zu einer restriktiven Flüchtlingspolitik vorgenommen und Obergrenzen eingeführt. Im April gingen die Kandidaten von SPÖ und ÖVP in der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl unter. Im Mai trat Faymann von allen Ämtern zurück. Vielleicht wäre »Kurshalten« besser gewesen.

Da, wo im europäischen Vergleich der Cordon sanitaire auf politischer Ebene am konsequentesten verteidigt wurde, in der Bundesrepublik Deutschland nämlich, hat es auch am längsten gedauert, bis sich der Rechtspopulismus organisieren konnte. Die gesellschaftlichen Normen, die als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus etabliert werden konnten, haben lange gehalten. Jetzt sind sie am Bröckeln. Im Grunde war es jedoch absehbar, dass – weil entsprechende Einstellungen schon immer existiert haben – auch irgendwann Angebote folgen würden. Nun sind sie da: Man kann auf Montagsspaziergängen Dampf ablassen gegen die »Lügenpresse« und »die« Politiker, man kann in den Ruf »Wir sind das Volk« einstimmen und damit zum Ausdruck bringen »die anderen nicht«. Und man kann AfD wählen.

20 % der deutschen Bevölkerung haben deutliche rechtspopulistische Einstellungen. Das besagen die Daten der letzten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht so überraschend, dass in der Sonntagsfrage die AfD gegenwärtig bundesweit auf zwölf bis 15 % kommt. Wie stark rechtspopulistische Orientierungen – angefeuert durch die Flüchtlingsdebatte – seit 2014 zugenommen haben, werden wir wissen, wenn in diesem Herbst die neue FES-Mitte-Studie erscheint.

Polarisierung und gesellschaftliche Spaltung

Rechtspopulismus ist Ausdruck gesellschaftlicher Polarisierung: Hundertausende pro-europäische Demonstranten in Polen Anfang Mai, die die Demokratie in ihrem Land gefährdet sehen, vermögen die PiS-Regierung und den von ihr repräsentierten anderen Teil der Gesellschaft nicht von ihrem Kurs abzubringen. Und die erfolgreiche Mobilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft in Deutschland gegen Pegida und Co. bestärkt die rechtspopulistische Anhängerschaft nur in ihrer Entkopplung von demokratischen Diskursen.

Die sexistischen Sprüche Donald Trumps hindern viele Frauen nicht daran, ihn zu unterstützen. Wichtiger scheint es, Teil einer brachialen Anti-Establishment-Bewegung zu sein, die angeführt wird von jemandem, der – typisch für Rechtspopulismus – selbst nicht gerade aus unterprivilegierten Verhältnissen stammt. Bei all dem hilft, dass sich – dem Internet sei Dank – auch der Stammtisch globalisiert

hat: Radikalisierung und Verrohung durch selbstreferenzielle Online-Kommunikation.

Wo die radikale Rechte in Europa an der Macht ist, zeigt sich, wie groß die Gefahr ist, die für die demokratische Kultur und Rechtsstaatlichkeit von ihr ausgeht. Wenn Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Gewaltenteilung oder Medienfreiheit ausgehöhlt werden, sind im Besonderen die Institutionen der Europäischen Union gefragt. Bislang waren die Reaktionen aber entweder halbherzig oder sie scheiterten weitgehend an einem fehlenden, hinreichend differenzierten Instrumentarium von Sanktionen auf offensichtliche Verstöße von Mitgliedstaaten gegen europäische Grundwerte und demokratische Prinzipien. Angesichts der Entschlossenheit und des Tempos, mit denen gegenwärtig die rechte Regierung in Polen dabei ist, Staat und Gesellschaft umzubauen, wird es aber höchste Zeit, einen Cordon sanitaire um den antipluralistischen und klerikal-autoritären Nationalismus à la Ungarn und Polen zu errichten.

In seinem Diskussionsbeitrag nimmt Michael Bröning die »Alltagsängste und Wertvorstellungen« gerade auch in traditionellen Wählermilieus der Sozialdemokratie davor in Schutz, lächerlich gemacht und als »rechtsextreme Hetze« gebrandmarkt zu werden. Es sind aber überhaupt nicht die Sorgen und Ängste – ob begründet oder herbeifantasiert –, die »faschistoid« oder »Ausdruck von ›Menschenfeindlichkeit‹« sind, sondern bestimmte *Reaktionen* darauf. Wenn Ängste in Wut und Hass umschlagen, wenn die Sorge vor persönlichem Statusverlust oder kollektiver Schlechterstellung zur Abwertung anderer führt, ist das Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für Verständnis ist da kein Platz, und zwar nicht erst dann, wenn verbale Gewalt in reale Gewalt mündet.

Populismus ist ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen und zunächst vor allem ein politischer Stil. Insofern ist sein Erstarken eine Begleiterscheinung der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, deren Zeugen wir sind: Globalisierung, Digitalisierung, Beschleunigung des Lebens auf allen Ebenen. Eine immer komplexere Welt, in der Menschen nicht zu Unrecht einen Steuerungsverlust der Politik wahrnehmen und nach Orientierung suchen. In dieser Situation geben Populisten einfache Antworten auf schwierige Fragen. »Wir hier unten« gegen »Die da oben«: So funktioniert ihr Argumentationsmuster. Wenn dann noch das »Wir« gegen »die Anderen« dazu kommt, wird aus Populismus Rechtspopulismus. Die kulturelle Abgrenzung gegenüber dem »Fremden« kann sich gegen nationale Minderheiten oder Flüchtlinge, gegen Juden oder Muslime oder auch gegen die EU und den Euro richten. Dass seine Feindbilder in gewissem Maße austauschbar sind, ist ein Kennzeichen des Rechtspopulismus. Betont werden das Nationale und der vermeintliche »Volkswillen«, der gegen die demokratische Verfassungsordnung ausgespielt wird. So lässt sich wunderbar gegen die »etablierten Parteien« mobilisieren. Am liebsten mögen Populisten die Instrumente direkter Demokratie, bieten sie ihnen doch vortrefflich Gelegenheit, sich ungefiltert als die wahren Kümmerer in Szene zu setzen, »Tabubrüche« zu fordern, Verschwörungstheorien zu verbreiten, Sündenböcke zu suchen.

Wie nun also damit umgehen? Würde die AfD tatsächlich fortwährend »mit neofaschistischen Gewalttätern gleichgesetzt«, wäre ein Aufruf zu mehr Differenzierung

zweifellos angebracht. Allein, ich vermag eine solche Tendenz der Gleichsetzung nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Momentan scheint die AfD ein Dauerabo auf Plätze in den Polittalkshows des deutschen Fernsehens zu besitzen. Kaum mehr eine Diskussionsrunde, die der AfD nicht ein Podium böte, aber selbst vom Podium aus schaffen es ihre Vertreterinnen und Vertreter, sich als Opfer der »Altparteien« und des »linken Meinungsdictats« zu stilisieren. Und wenn (wie zum Beispiel Ende Mai beim Deutschen Katholikentag) keine AfD-Leute zu den Gesprächsrunden eingeladen werden – schlicht und einfach weil von ihnen keine sachlichen Debattenbeiträge zu erwarten sind –, ist die Aufregung groß.

Dialog mit der AfD? Worüber?

Wenn in der Diskussion, wie an dieser Stelle geschehen, die Weigerung »der linken Mitte« kritisiert wird, rechtspopulistische Parteien »als politische Kräfte zu berücksichtigen«, frage ich mich, was eigentlich mit »berücksichtigen« gemeint ist. Statt »Gesprächsverweigerung«, so offenbar die Empfehlung, sollten wir mit der AfD jetzt also einen Dialog führen. Aber worüber? Über ein Minarett-Verbot? Über die Abschaffung von Genderforschung? Über einen Schießbefehl auf Flüchtlinge? Wer schon einmal versucht hat, mit der hartgesottenen rechtspopulistischen Klientel sachlich zu debattieren, weiß, dass »Du lügst« noch eine der milderen Aussagen ist, die man an den Kopf geworfen bekommt. Vom »Gesinnungsterror in der Friedrich-Ebert-Stiftung« schwadronierte kürzlich der islamfeindliche, neurechte Blog politically incorrect (pi), neben der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine der beliebtesten publizistischen Plattformen für AfD und Pegida. Der »Gesinnungsterror« bestand in der Ausrichtung einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema Rechtspopulismus, bei der die »pi-news«-Autorin einen AfD-Vertreter auf dem Podium vermisste.

Aber so sehr es das neurechte Milieu auch ärgern mag, es besteht keine Veranlassung, ihnen auch noch auf unseren Veranstaltungen eine Plattform zu bieten. Wo aber diese Podien ohnehin existieren – einschließlich des Politiktalks im Fernsehen –, sollten wir der Konfrontation nicht aus dem Weg gehen. Ralf Stegner hat recht, wenn er sagt: »Wenn ich nicht komme, dann kommt einer von den Grünen.« Auch Sigmar Gabriels Satz, die AfD gehöre in den Verfassungsschutzbericht und nicht ins Fernsehstudio, kann man eigentlich nur zustimmen. Aber so berechtigt und begründet die Haltung an sich ist, so wenig wird sie sich durchhalten lassen.

Rechtspopulismus funktioniert emotional, nicht rational

Natürlich muss man die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD suchen, und Michael Bröning benennt völlig zutreffend eine Reihe von Politikfeldern und Positionen (vom Wiedereinstieg in die Atomkraft über den »Irrweg des Klimaschutzes« bis zu ihren reaktionären familienpolitischen Vorstellungen), die dafür besonders geeignet sind. Nur: Rechtspopulismus funktioniert emotional, nicht rational. Das gilt auch für die AfD. Deshalb stößt die inhaltliche Auseinandersetzung, das »inhaltlich stellen«, relativ schnell an Grenzen. Hinzu kommt, dass die AfD-Programmatik in vielen Fällen nicht nur widersprüchlich, sondern auch (bewusst) diffus gehalten ist.

Die AfD ist keine *normale* Partei. Und deshalb ist auch eine Normalisierung im Umgang mit ihr nicht zu empfehlen. Die AfD ist die »Pegidapartei« (Marcus Pretzell). Sie ist einer der Motoren der politischen Radikalisierung in Deutschland. Sie spaltet. Sie markiert die Grauzone zwischen demokratisch-konservativ und rechtsextrem. Und genau so sollte die AfD auch behandelt werden. Sie muss nicht berücksichtigt, sondern demaskiert werden. Dafür reicht es freilich nicht aus, das Parteiprogramm zu analysieren. Vielmehr sollte Ausgangspunkt für eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit der AfD sein, ihre ideologische Verortung zu benennen, zum Beispiel in der antidemokratischen »konservativen Revolution« der Weimarer Republik, die ihr als ein historischer Referenzrahmen dient. Es sollten auch die vielfältigen Querverbindungen mit dem neurechten Lager, unter anderem mit dem völkisch-rechtsradikalen Netzwerk von Götz Kubitschek deutlich gemacht werden. Ebenso wie das von der AfD betriebene Instrumentalisieren sowohl von sehr realen Bedrohungen (wie dem islamistischen Terror) als auch von irrationalen Ängsten (»Deutschland schafft sich ab«). Jedenfalls geht das bürgerlich-arrivierte Bild, das die AfD gerne von sich abzugeben versucht, auch mit ganz anderen Tönen einher: Ein paar Klicks auf YouTube reichen, um sich einen Eindruck von der mal deutschtümelnden, mal aggressiven Rhetorik eines Björn Höcke zu verschaffen, der im Übrigen der Auffassung ist, »dass man nicht jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen« könne.

Richtig ist allerdings: Die Strategie einer abgestimmten Ausgrenzung (»Schweiner Modell«) – gegenüber der NPD durchaus erfolgreich praktiziert – wird gegenüber der AfD nicht funktionieren. Die Grenzen zum Rechtsextremismus sind zwar fließend, aber die AfD ist keine Neonazipartei. Wir brauchen also neue Konzepte für den Umgang mit der AfD, nur lassen sich diese Konzepte nicht herbeizaubern. Sie müssen erarbeitet werden. Das ist die Herausforderung, nicht nur für die Sozialdemokratie und andere progressive Kräfte, sondern für alle demokratischen Parteien, für die Zivilgesellschaft und nicht zuletzt für die Medien.

Einfallstore für Rassismus

Entscheidend ist, die Rolle und Funktion der AfD kenntlich zu machen: Dass sie die in der Bevölkerung vorhandenen rechtspopulistischen Einstellungen bündelt und verstärkt, sie mit marktförmigem Extremismus (Ökonomisierung des Sozialen, Nützlichkeitsdenken, Sozialdarwinismus) verbindet und auf diese Weise die Legitimation für die Abwertung von einzelnen Bevölkerungsgruppen betreibt. So entstehen Einfallstore für Rassismus. Diese Auseinandersetzung muss von einem klaren eigenen Standpunkt aus geführt werden, mit Glaubwürdigkeit, die sich nicht zuletzt auf konsequent vertretene eigene Wertvorstellungen und Prinzipien stützt und die ursozialdemokratische Politikziele formuliert: soziale Spaltung überwinden, für gleiche Bildungschancen sorgen, neu begeistern für das Projekt eines geeinten Europas, dieser historisch beispiellosen friedenspolitischen Errungenschaft. Auf diese Weise und mit einer auch emotionalen Ansprache ist es sehr wohl möglich, AfD-Wähler zurückzugewinnen, sie von sozialdemokratischen Politikentwürfen zu überzeugen und deutlich zu machen, dass Rechtspopulisten keine einzige überzeugende Antwort haben.

Michael Bröning spricht sich für eine Synthese aus sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik »mit partiell auch konservativeren Normen im identitären Bereich« aus. Mir ist nicht klar, was genau damit gemeint ist. Bestimmt nicht, die Pegida- und AfD-Anhänger in ihrer Nostalgie eines homogenen »deutschen Volkes« und in ihrer Krisenwahrnehmung von kultureller »Überfremdung« zu bestärken. Oder ihnen zu sagen, sie hätten schon irgendwie ein bisschen recht mit ihrer Furcht vor der Islamisierung des Abendlandes angesichts eines muslimischem Bevölkerungsanteils von weit unter 1% im Freistaat Sachsen. Nein, auch im »identitären Bereich« muss sich die politische Linke auf ihre eigene Tradition besinnen: Aufklärung, Emanzipation, Arbeiterbewegung, Internationalismus. Das heißt für die Sozialdemokratie, konsequent und mit Empathie für die sozial Schwächeren einzutreten, unabhängig von ihrer Herkunft. Wir wollen einen Staat, dessen Zukunftsfähigkeit und Kreativität sich auf Vielfalt gründet, der Minderheiten schützt, der säkular ist und gleichzeitig Religionsfreiheit garantiert. Soziale Demokratie muss ihren eigenen Überzeugungen treu bleiben, statt das Heil in Normen der politischen Konkurrenz zu suchen.

Das gilt genauso für eine andere in dem vorangegangenen Beitrag gemachte Empfehlung, nämlich dass »eine Linke mit Zukunft« stärker als bisher den Nationalstaat als »Vehikel einer progressiven Politik in Wert setzen« solle. Selbstverständlich kommen auch zukünftig dem Nationalstaat wichtige Steuerungsfunktionen zu. Aber ebenso klar ist, dass gerade auch die Probleme, aus denen sich der Verdruss der rechtspopulistischen Gefolgschaft und ihre gesellschaftliche Entfremdung maßgeblich speisen, vom Nationalstaat allein eben nicht zu lösen sind: die sozialen Verwerfungen in Folge von Globalisierung und Finanzkrise beispielsweise oder die weltweiten Ursachen für Flucht.

Wie gesagt: »Kurshalten« ist manchmal gar nicht verkehrt. Der populistischen Versuchung zu widerstehen, hat jedenfalls mit dem Errichten »mentaler Wagenburgen« nichts zu tun. Mit »dem starken langsamen Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß« aber schon. Und darin bin ich mir mit Michael Bröning absolut einig.



Ralf Melzer

ist für das FES-Projekt »Gegen Rechtsextremismus« verantwortlich und Herausgeber der FES-Mitte-Studien. Zuletzt erschien im Dietz-Verlag der von ihm herausgegebene Sammelband *Wut, Verachtung, Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland*.

ralf.melzer@fes.de